

Ärzte warnen vor ambulanten Versorgungszentren, plädieren aber für Mediziner-GmbH

„Die können nicht einfach drüberfahren“

Die Ärzte proben den Aufstand gegen die Gesundheitsministerin: Mit einem Informationstag warnen sie vor einer Verstaatlichung des Gesundheitssystems. Doch nicht alle Ärzte protestierten besonders leidenschaftlich. Lokalaugenscheine in zwei Ordinationen.

Andrea Heigl
Karin Moser

Wien – Das Wartezimmer von Dr. Rudolf Hainz, Allgemeinmediziner im 22. Wiener Bezirk, ist an diesem Donnerstag wie immer vollbesetzt. Aus den Lautsprechern kommt Panflöten-Gesäusel, an der Wand hängen Bilder in Pastellfarben, im Fernsehen informiert Med-TV über alternative Behandlungsmethoden. Die Wartenden blättern entweder in Kleinfornaten oder unterhalten sich im Flüsterton über das Wetter, das später zu kochende Mittagessen oder den neuen Freund der Nachbarin im Gemeindebau.

Die schwarzen Plakate mit den großen roten und weißen Lettern passen so gar nicht in das friedliche Bild: „NEIN zur Staatsmedizin“, verkünden sie. Und: „Ab 2008 will der Staat über Ihre ärztliche Versorgung bestimmen.“ Denn der 8. November wurde offiziell zum Ärzte-Protesttag erhoben.

Gespräch und Flugblatt

Nach der Behandlung beim Herrn Doktor gibt es heute ein Flugblatt und ein persönliches Gespräch, in dem der Hausarzt über den Grund des Protestes informiert: Die ambulanten Versorgungszentren (AVZ) drohen in die Realität umgesetzt zu werden, erzählt Doktor Hainz seinen Patienten. Und damit gebe es eine schlechtere und unpersönliche Versorgung, die rein nach wirtschaftlichen Kriterien funktioniert, befürchteten die Ärztevertreter.

Im Wartezimmer will das niemand. Dr. Hainz ist in der Gegend eine Institution: „Seit 27 Jahren komme ich hierher. Der Herr Doktor versteht mich, ich kann ihm alles erzählen. Er weiß, gegen welche Medikamente ich allergisch bin und was bei mir am besten hilft“,

erzählt Aloisia Propper. Allseits beifälliges Nicken. „Meine ganze Familie kommt hier her. Ein Arztbesuch ist einfach Vertrauenssache. Die können doch nicht einfach so über die Bevölkerung drüberfahren – kein Patient will Massenabfertigung in Ambulanzen“, teilt die Patientin die Befürchtung ihres Hausarztes.

Die Resonanz auf den Ärzte-Protesttag habe ihn positiv überrascht, erzählt Hainz, der auch stellvertretender Kurien-Obmann der niedergelassenen Ärzte in der Wiener Ärztekammer ist. Nicht zuletzt deswegen überlegen die Ärzte, ein Volksbegehren zu initiieren – die Patienten wissen sie auf ihrer Seite: „Eine Umfrage hat ergeben, dass 40 Prozent der Bevölkerung sogar für einen Streik Verständnis hätten“, sagt Hainz.

„Schlechter Scherz“

Er dachte anfangs, die angekündigten Pläne von Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky (ÖVP) seien ein „schlechter Scherz“, erzählt er im Gespräch mit dem STANDARD. Die Pläne für die AVZ sind nun wieder vom Tisch – Ärztekammer-Präsident Walter Dörner hatte Ende Oktober eine entsprechende Vereinbarung mit der Gesundheitsministerin unterzeichnet, danach wurde ein ursprünglich geplanter Streiktag abgesagt. Dennoch sei die derzeit gültige 15a-Finanzvereinbarung zwischen Bund und Ländern eine „tickende Zeitbombe“, befürchtet Hainz. Österreichs Ärzte seien daher in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt.

Denn mit den AVZ würde der Fokus im Gesundheitssystem weg von Menschen und hin zu den Finanzen gehen, befürchtet Hainz. Die Ärzte würden ja jetzt schon gezwungen, ständig zu sparen: „Die Gebietskrankenkassen verlie-



Aloisia Propper wird von ihrem langjährigen Hausarzt Rudolf Hainz über die Befürchtungen der Ärzte informiert – und hat volles Verständnis: „Kein Patient will Massenabfertigung in Ambulanzen.“ Foto: Newald

AUF HERZ UND NIEREN Teil 5



ren durch Gesetzesnovellen seit dem Jahr 2000 Millionen von Euro. Und wir werden nun gezwungen, zu rationieren.“ Dass es im österreichischen Gesundheitssystem Reformen braucht, bestreitet aber auch der Ärztevertreter nicht. Mit den Gruppenpraxen könnte er sich durchaus anfreunden, auch die Ärztekammer hat dagegen nichts einzuwenden (siehe Artikel unten).

Längst nicht alle Ärzte sind aber mit so viel Engagement dabei wie Rudolf Hainz. Peter

Peitl, Allgemeinmediziner im zweiten Wiener Gemeindebezirk, fühlt sich nicht ausreichend über den Protesttag informiert. Er habe lediglich ein Plakat erhalten, das er auch in die Ordination gehängt hat, „um die Patienten aufzuklären“. Darüber hinaus verläuft sein Praxisbetrieb an diesem Donnerstag genauso wie an allen anderen Tagen auch, erzählt er dem STANDARD.

Natürlich, wenn ihn ein Patient auf den Protesttag anspricht, dann erklärt er schon, warum es der Ärztekammer mit diesem Signal geht. Schließlich teilt Peitl ja auch selbst die Besorgnis, „dass wir mit den allgemeinen Versorgungszentren eine gewisse Selbstständigkeit verlieren“. Er warnt auch davor, dass – wenn es nach den Plänen des Gesundheitsministeriums geht – die Behandlung für den einzelnen Patienten unpersönlicher werde. Denn ob man auch in einer Gruppenpraxis

immer zu Herrn Doktor Peitl gelange, wenn man es denn wolle, das sei fraglich.

Trotzdem: Professioneller Agitator ist Peitl in dieser Sache nicht. Er absolviert die Pflicht (mit Plakat und Gespräch), aber nicht die Kür (Aktionismus wie z. B. Wartezimmeransprachen), da er ja auch nicht ausreichend über den Ablauf des Protesttages informiert worden sei. Ob er gestreikt hätte, wenn es dazu gekommen wäre? „Vielleicht“, aber dazu sei es in all den Jahren der Ankündigung ohnehin noch nie gekommen. So weit reiche nämlich die Ärztesolidarität nicht. Und wenn nur ein Teil die Arbeit niederlegt, sind automatisch die anderen die Dummen.

„Offensiv aufklären“

Der Protesttag soll der Auftakt sein für einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über das Gesundheitswesen, erklärte Ärztekammer-Präsident

Dörner am Donnerstag. „Die Bevölkerung hat ein Recht, zu erfahren, was sie erwartet, und es ist höchste Zeit für die Politik, offensiv über diesen Systemwandel aufzuklären und die Bevölkerung in den Dialog einzubinden.“ Bisher lief dieser Wandel nämlich ausschließlich im Stillen ab.

Dörner beklagte weiter, dass sowohl Bundeskanzler Alfred Gusenbauer (SPÖ) als auch Vizekanzler Wilhelm Molterer (ÖVP) der Bitte der Ärztekammer um gemeinsame Gespräche bisher nicht nachgekommen seien. „Wir stehen bei Fuß, haben aber trotz wiederholter Vorstöße bisher keine Gesprächstermine erhalten“, bedauerte der Ärztekammer-Präsident.

Lesen Sie morgen: Neun Länder, zehn Gesetze – wie sich der Föderalismus im Spitalswesen auswirkt. Die Serie zum Nachlesen: derStandard.at/Gesundheitsserie



In Deutschland gab es großangelegte Ärztestreiks – in Österreich stehen sie als Ultima Ratio im Raum. Foto: AP/Schulz

Streit um den (fast) gleichen Wunsch

Ärzte-Forderung: Nur Mediziner sollen Gesellschaften gründen können

Andreas Feiertag
Martin Rümmele

Wien – Die von Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky ursprünglich geplanten ambulanten Versorgungszentren, die der Autonomie der Ärzteschaft teils entzogen und einer Bundesbehörde unterstellt gewesen wären, sind also vom Tisch. Daher wollten Österreicher Ärzte am 8. November auch nur informieren, nämlich über „die Gefahr der Verstaatlichung unseres Gesundheitssystems“, wie es Ärztekammerpräsident Walter Dörner formuliert.

Dabei liegen die Wünsche der Ministerin und der Ärzte gar nicht so weit auseinander. Auch die Kammer will, dass sich Ärzte in Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) zusammenschließen können. Diese Möglichkeit soll aber eben nur Ärzten vorbehalten bleiben. Krankenhäusern und privaten Unternehmen soll dies, wie in den AVZ geplant, verwehrt werden. Denn dies würde, so die Sorge der Ärzte, zu mehr Konkurrenz führen. Offiziell jedoch argumentiert die Ständevertretung damit, dass

durch die von Kdolsky gedachten Ärztesellschaften „der freie Zugang zur wohnortnahen ärztlichen Versorgung auf dem ökonomischen Altar der zentralen wirtschaftlichen und politischen Steuerung“ geopfert würde.

Die Angst, dass private Investoren solche Ärzte-GmbHs übernehmen könnten, sei aber unbegründet, erklärt Julian Hadschieff, Fachgruppenvorsitzender der privaten Kur- und Krankenanstalten in der Wirtschaftskammer und Geschäftsführer der privaten Humanomed-Gruppe, die Ambulatorien und Privatkliniken betreibt: „Das lässt sich ja durch den Gesellschaftervertrag einer GmbH verhindern. Da schreibt man einfach rein, dass nur Ärzte Gesellschafter werden dürfen. Außerdem kann ja niemand in eine GmbH drängen, wenn die Gesellschafter das nicht wollen.“

Solche Lösungen gebe es etwa bei vorbildgebenden Instituten seit langem. Die liefen rechtlich als Krankenanstalten, und das funktioniere seit Jahr und Tag. Und außerdem: „Was ist denn ein niedergelassener Arzt anderes, als ein privater Unternehmer? Es ist so-

gar der einzige pragmatisierte Unternehmer, da er ja einen unkündbaren Kassenvertrag hat“, stellt Hadschieff fest.

Die Gründe, warum Ärzte eine GmbH wollen, sind vielschichtig: Zum einen sind es massive Steuervorteile – statt etwa 50 Prozent Einkommenssteuer als Einzelunternehmer wie bisher fielen nur noch etwa 30 Prozent Körperschaftssteuer an. Außerdem hätten sie die Möglichkeit der Vorsteuerabsetzbarkeit bei größeren Investitionen – besonders im Fachärzteebereich stellen Labor- und Medizintechnik enorme Unternehmenswerte dar. Und schließlich reduziert die GmbH die Haftung, macht eine Übergabe oder einen Verkauf der Praxis einfacher.

„Keine Angst“

„Die Ärztekammer muss deshalb keine Angst haben, dass die Ärzte nicht mehr Mitglied in der Kammer sind“, beruhigt Hadschieff. Die meisten wären eben über die Firma ein Mitglied der Wirtschaftskammer und würden als kleine GmbH nur die Grundumlage zahlen. „Das sind wenige hundert Euro im Jahr.“ Größere

Zentren zahlten mehr, könnten sich das aber auch leisten. Die Ärzte selbst wären dann meist bei der eigenen Firma angestellt und als Ärzte weiter Mitglied in der Ärztekammer. Diese verliere laut Hadschieff also „nicht die Vertretungsbefugnis für die Ärzte“. Und die Möglichkeit von Kassenverträgen für die Ärzte-GmbH sei Verhandlungssache mit den Sozialversicherungsträgern, aber kein rechtliches Problem.

Einziges Problem, zumindest für die Ständevertretung: Die Ärzte zahlten in Summe durch die Doppelbelastung wahrscheinlich weniger Kammerumlage als jetzt – wenn sie sich etwa zum Mindestlohn selbst anstellen. Denn die Ärztekammerumlage orientiert sich am Einkommen aus der ärztlichen Leistung, nicht an den Gewinnen aus etwaigen Firmenbeteiligungen der Ärzte. „Ich denke aber“, ist Hadschieff zuversichtlich, „dass es möglich ist, eine vernünftige Lösung zwischen Wirtschafts- und Ärztekammer zu finden, wenn man offen miteinander redet.“

„Unser Gesundheitssystem ist finanzierbar“: Chat auf derStandard.at/Gesundheit